Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

15 Goldpfennige = 150 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Sonnabend, 19. Januar 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5989—88. Postscheck Berlin Nr 107101. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst täglich zweimal. Bezugspreis wöchentlich 1,60 Goldmark freibleibend

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Verzinsung. Anzeigenpreis 0,50 Goldmark für 33 mm breite Millimeter-Zeile. Geschäftsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet

19. 1 m Nr. 31 150 Milliarden
63. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Die deutsche Handelsbilanz.

Eine Erklärung des Reichswirtschaftsministers.

Gegenüber falschen Schlußfolgerungen, die von französischer Seite aus der amtlichen deutschen Handelsstatistik auf die wirkliche wirtschaftliche Lage Deutschlands gezogen worden sind, führte Reichswirtschaftsminister Hamm in einer Unterredung mit einem Vertreter des W. T. B. folgendes aus:

„Die amtlichen Veröffentlichungen über die deutsche Handelsbilanz, die für den Oktober und November 1923 einen geringen Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr zeigt, sind in der Oeffentlichkeit lebhaft besprochen worden. Bei Wiedergabe dieser Ergebnisse ist bereits darauf hingewiesen worden — und das sei nochmals unterstrichen —, daß die Repräsentativität der Statistik infolge des Ruhreinbruchs infolgeren eine nicht unwesentliche Beeinträchtigung erfahren hat, als ein großer Teil des Außenhandels des besetzten Gebiets nicht erfaßt wird. So entzieht sich insbesondere die Einfuhr mancher Ersatzwaren, die über den Westen hereinkommen, der amtlichen Erfassung.

Die Jahresbilanz passiv.

Immerhin läßt sich auch Grund des unvollständigen Materials feststellen, daß im Durchschnitt des Jahres 1923 eine Passivität der Handelsbilanz vorlag, die sich im ganzen auf einige 100 Milliarden Goldmark belaufen dürfte. Erst seit Oktober hat sich die Handelsbilanz aktiv oder doch sehr viel weniger passiv gestaltet als zuvor. Dies hängt damit zusammen, daß die Markregie, die zur Hemmung des Währungsverfalls eingeführt wurden, nämlich die Repartierung des Devisenmaterials und die außerordentlich scharfe Krediteinschränkung, die sich zu einer Art von Zwangssperre steigerte, ebenso wie die harten Sparmaßregeln der öffentlichen Verwaltungen und der gesamten Wirtschaft die Einfuhr drosselten und die Ausfuhr begünstigten. Einige Zeit, daß die auch so nachteilige Zerrung die Kaufkraft der Bevölkerung überflüssig und daher den Verbrauch herabsetzte.

Auf der anderen Seite fand die Ausfuhr zufolge der Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse noch unter günstigen Umständen. Gerade im Oktober und November bis Ende Dezember hat sich sondern wirksam gewesen; einerseits ist die Verbrauchsfähigkeit und Einsichtnahme der Lebenshaltung der Bevölkerung bereits deutlich zum Ausdruck gekommen, andererseits aber die Produktionsziffern noch nicht so hoch gewesen wie später. Die durch die amtlichen Ziffern für diese Monate ausgewiesene Aktivität der Handelsbilanz kann jetzt unmöglich nicht als eine Regierungsleistung betrachtet werden.

Wenn es in einer Havasmeldung heißt, man habe in Frankreich schon lange angenommen, daß die deutsche Handelsbilanz aktiv sei, so findet diese Auffassung in tatsächlichen Feststellungen keinen Grund. Jedenfalls aber ist es eine völlig irrig durch den Augenschein widerlegte Auffassung, wenn in dieser Havasmeldung die Aktivität der deutschen Handelsbilanz, als ein Beweis dafür angeführt wird, daß die deutsche Wirtschaft gänzlich sei. Unter den dermaligen Verhältnissen ist aus einer aktiven Handelsbilanz offenbar nicht auf eine besonders günstige Wirtschaftslage und auf Reichtum der deutschen Wirtschaft zu schließen, sondern im Gegenteil darauf, daß die deutsche Wirtschaftslage nunmehr lediglich mit Warenausfuhr die notwendige Einfuhr bezahlen kann. Was sich als Ueberschuß der Ausfuhr ergeben hat, dürfte offenbar zur Bedeckung der Kriegsverpflichtungen, die in der Inflationsperiode entstanden waren. Mit der Stabilisierung der deutschen Verhältnisse nimmt also die deutsche Handelsbilanz den Charakter an, den die Handelsbilanzen aller kapitalschwachen Länder tragen, die gezwungen sind, mit einem Teil ihrer Ausfuhr die Verzinsung und Tilgung ausländischer Kredite zu bezahlen.

Die Verdächtigung der deutschen Währungspolitik.

Wenn die Havas-Meldung weiter sagt, daß Deutschland zurzeit aus Papier eine Goldwährung aufgebaut habe, die mit einer Zeitung Beispiel haben werde, so sind eben die erwähnten Sparmaßregeln der Regierung Beweis für den festen Entschluß Deutschlands, die gegenwärtige Währung unter allen Umständen und allen Schwierigkeiten zum Trotz bis zur Ueberleitung in ein Zauerfystem aufrecht zu erhalten und jegliche Inflation zu vermeiden. Das ist eine Aufgabe, die die volle Kraft der deutschen Regierung und Wirtschaft in Anspruch nimmt. Im übrigen leidet die deutsche Wirtschaft, wie die erschütternden Ziffern und Tatsachen der Arbeitslosigkeit und des Massenelends ergeben, in höchstem Maße unter Kreditschwierigkeiten, so daß sie schon deshalb nicht in der Lage ist, sich mit Spekulationen in Papiern zu befassen. Wenn man in Frankreich Deutschland die Schuld am Frankensturz aufbindet, so liegt demnach hierzu keinerlei Grund vor.

Neue Vorstöße gegen Kahr.

München, 18. 1. Der Verfassungsausschuß des Landtags nahm heute einen Antrag des bisherigen Abgeordneten Dr. Roth auf sofortige Aufhebung des Verbotes sämtlicher Zeitungen gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei an. In der Begründung wird unter anderem die Frage einer Aufhebung des Generalstaatskommissariats angeschnitten worden. Wenn sich herausstellte, so bemerkte der Abgeordnete Dr. Hilpert (Bayerische Mittelpartei), daß das Generalstaatskommissariat seine Ziele nicht habe erreichen können, dann müsse man sich fragen, ob nicht andere Mittel angewendet seien. Abgeordneter Held (Bayerische Volksp.) erklärte, er solle nicht bezogen eingewirkten, daß der Ausnahmezustand vom Gesamtministerium durchgeführt werde, wenn dieses dazu in der Lage sei.

Die wiederholt geforderte Zusammenstellung der Aussagen und Verfügungen des Generalstaatskommissars ist nunmehr im Parlament zugegangen. Im Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages erklärte Staatsminister Schweyer unter lebhafter Bewegung der Linken, daß die Staatsregierung von verschiedenen Verfügungen und Maßnahmen des Generalstaatskommissars bisher keine Kenntnis hatte, so sie der Regierung nicht vorgelegt worden seien.

Auf verschiedene Anfragen sagte Schweyer weiter: Die Regierung habe alles Interesse daran, daß im Hitler-Ludendorff-Prozeß volle Klarheit geschaffen werde, sie habe nichts zu verheimlichen.

Londoner Markkurs:
1 Pfund: 19 Billionen Mark.

Poincaré antwortet Herriot und Reynaud.

Neues Vertrauensvotum.

Paris, 18. 1.

Die heutige Kammersitzung wandte sich wieder den Fragen der auswärtigen Politik zu. Zu Beginn der Sitzung ergriff Poincaré das Wort, um, wie er sagte, auf einige der Punkte zu antworten, die der Abgeordneten Reynaud und Herriot kürzlich aufgeworfen hatten.

Poincaré wendet sich gegen die Ausführungen Herriots, der

die Konferenzen von Paris und London

„als Zwischenakte" bezeichnet hatte, während die Ruhrbesetzung sehr lange vorher beschlossen gewesen sei. Gewiß habe er, Poincaré, seit 1920 zu der Ruhrbesetzung geraten, aber stets gemeint, daß die Besetzung ohne die Mitwirkung der Alliierten nur als eine Art Ausweg anzusehen sei. Er wünsche die Veröffentlichung eines Bandes diplomatischer Akten über die Verhandlungen der alliierten Konferenzen, um zu zeigen, wie sehr Frankreich sich von gemeinsamen Vorgehen bemüht habe. Frankreich habe das seinig, um mit seinen Alliierten einig zu bleiben, wolle aber nicht von regenschmand ins Schlepptau genommen werden. Auch auf der London- und Pariser Konferenz, die „etwas aufregende Aufrauchen gewesen seien, habe er sich nach bemüht, die Teilnahme Großbritanniens an der Ruhrbesetzung zu erreichen.

Poincaré verweist in dieser Beziehung auf

das letzte französische Gelbbuch.

Unser Wunsch, so erklärt er, war es, mit den Alliierten einig zu bleiben. Wenn Herriot mit seine Freunde sich gleich nach für die Ruhrbesetzung ausgesprochen hätten, so sehe er darin eine Art Transaktion zwischen den nicht ganz einigen Freunden Herriots. (Beifall rechts und im Zentrum.) Herriot ruft dazwischen: Die Erklärung stammt ihn. (Lebhafter Beifall links.) Poincaré erwidert, daß es nicht seine Absicht sei, Herriot und seine Partei zu verletzen. Seine Worte seien ganz harmlos gewesen. (Heiterkeit.) Er führt weiter aus, der französische Standpunkt habe seit 1920 eine Wandlung in der Reparationsfrage gefunden. Man könne also die französische Regierung nicht beschuldigen, sie habe unrechtmäßig und übereilt gehandelt. (Beifall.) Damit Herriot „erschöpft" behaupten kann, (Herriot ruft dazwischen: „Erschöpft?" Sie haben mich schon vorhin beleidigt, Herr Ministerpräsident, sprechen sie nicht rechts und im Zentrum, lauter Beifall links.) Poincaré: „Ich wollte ist keiner Weise Herrn Herriot, für den ich die größte Hochachtung habe, beleidigen. (Sehr gut!) Damit habe Herriot „unbeschwert" behaupten kann, wir hätten Großbritannien bezw. Belgien nicht gefragt, mit uns ins Ruhrgebiet zu gehen, so müsse er schon hinzufügen, daß wir bei Jahre lang alles Bemühungen, daß Frankreich und England zusammen gehen, um England zu gewinnen zu sein. (Beifall.) Poincaré bedauert nochmals, daß Herriot „Einzelheiten" über die Alliierten" bereits kurzer nach dem Kriege darüber brochen habe. Die Kritik Herriots treffe alle die englische und nicht die französische Politik (Beifall.)

Auch die Vorwürfe, die Regierung habe nicht zu Sachlieferungen ermutigt, seien ungerechtfertigt. Deutschland habe niemals das von Frankreich angeregte genaue

Programm für die Sachlieferungen

angenommen. Seine Sachlieferungen seien auf dem Wiesbadener Abkommen beruht und seien erfüllt. Er sagte Herriot oder dafür, daß dieses ebenfalls die Rettungsfähigkeit erkannt habe, das Rückgebiet nicht unentbehrlich zu nennen. Er teile nicht den Optimismus Herriots, der es für möglich halte, eine Politik durchzuführen, bei der „beide auseinander Pfänder" ohne „gleiche Pfänder" erlegt werden können. Diese Politik könne allzu leicht dazu führen, daß man den Sperling in der Hand gegen die Taube auf dem Dache vorziehe. (Beifall im Zentrum.) Trotz der Behauptung Herriots sei Belgien in diesen Punkten vollkommen mit Frankreich einig.

Reynaud habe der Regierung vorgeworfen, sie habe Stresemann bei

Einstellung des passiven Widerstandes

nicht genügend Vertrauen entgegengebracht. Warum gibt Reynaud zu leichtsinnig deutsche Versprechungen zu? Die Regierung habe vielmehr alle Vorsichtsmaßregeln getroffen. (!) Die beweise noch täglich immer Schwierigkeiten (!) und man könne immer noch nicht sagen, daß der Widerstand endgültig aufgehört habe. (!) General Degoutte habe seit kürzlich telegraphiert, die deutsche Regierung scheine sich zu bemühen, die Durchführung der abgeschlossenen Abkommen zu verhindern. (!) Man habe bereits mehr als 60 000 deutsche Eisenbahner entfernt, aber eine kleine Zahl von Beamten seien noch vorhanden. Es sei von Deutschland gefordert worden, Berlin verhindere die Bildung einer rheinischen Emissionsbank.

Frankreich habe nicht an der

Auflösung des Reichs

mitgearbeitet. Clemenceau habe feinerzeit die Auflösung verteten, daß die Deutschen ihr Land unter sich auseinanderleben lassen, um nicht durch die Unterlegung Einzelner in einen Krieg verwickelt zu werden. Frankreich wolle das einzelnen Bevölkerungsgruppen gewährte Freiheit leisten. (!) Der Fall ist die Lage eine ganz andere, als in den übrigen besetzten Gebieten. Der Sozialist Thoy aus Bayrischen, er werde Berlin die Tatsache vor Augen bringen, die die Regierung zwingen würden, den General de Metz zu desavouieren. Poincaré antwortet, er kenne die Argumente dieser Art. Im Gegenteil habe Tirard die Haltung des Generals de Metz gutgeheißen. Die Politik entspreche nicht Berlin, sondern Bayern. (!) Die Sozialisten hatten die Initiative zu einer Aktion gegen die Münchener Nationalisten gefordert, Poincaré habe sich hierbei von der großen Mehrheit der Bevölkerung, nämlich den Bauern, Handwerkern und kleinen Industriellen gestützt. Die französische Bewegung sei das spontane Werk eingeborener Elemente und aus örtlichen Gründen erwachsen. Eine Kundgebung habe sich trotz des feierlichen Versprechens der deutschen Regierung in Heidelberg geduldet, um Unruhen zu verhindern. (!) Die Vereinigung „Deutschland" habe sich bemüht, Attentate gegen die französischen Separatisten und gegen die Besatzung vorzubereiten. Die politischen Vereine der geschlossenen Organisationen seien als Protestler vorgeschickt worden. Der französische Delegierte der Interalliierten Rheinlandkommission habe die französischen Berichter angewiesen, strenge Neutralität zu bewahren und Unruhen vorzubeugen. Vor dem Attentat gegen Heinz ist die Ruhe auch nicht gestört worden. (?)

Poincaré wendet sich alsdann in scharfen Worten

gegen die Haltung Englands,

wo Lord Curzon „unerträgliche" eine Untersuchung verlangt habe, die im übrigen durch

Verschärfte Militärdiktatur in der Pfalz?

Frankreichs Antwort auf Clives Untersuchung.

m. **Straßburg**, 18. 1. (Eigenbericht.)

Straßburger Handelskreise erklären, von einer Straßburger Persönlichkeit, die im Wirtschaftsleben des Elsaß eine hervorragende Rolle spielt und mit den maßgebenden französischen Kreisen in Paris engste Fühlung unterhält, zu wissen, daß die Franzosen in der Pfalz die Errichtung einer Militärdiktatur in der Pfalz beabsichtigen, um auf diese Weise die Ziel, die Loslösung der Pfalz vom Reich, zu erreichen, nachdem man belondere durch die Ernennte des englischen Generalkonsuls Clive zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß sich der separatistische Regierung in der Pfalz infolge der einmütigen Ablehnung durch die Pfälzer Bevölkerung nicht durchsetzen könnte.

Bei der Führung der französischen Rheinlandpolitik wäre es durchaus möglich, daß dieselbe französische Besatzung, die die Separatisten in die Pfalz gerufen und die dort gegen den einmütigen Willen der Bevölkerung in den Sattel gehoben hat, nach der für Frankreich ungünstig verlaufenen Enquete des englischen Generalkonsuls Clive die Separatisten fallen läßt und erklärt, daß sie die durch die separatistische Regierung in der Pfalz gestörte Ruhe und Ordnung durch außergewöhnliche Maßregeln, d. h. durch eine Militärdiktatur, wiederherstellen müsse.

Rheinlandkommission und Pfalzfrage

London, 18. 1. (T. U.) Amtlich wird gemeldet: An der gestern in London zusammengetretenen Sitzung der Rheinlandkommission wurde auf den Antrag des englischen Vertreters Lord Kilmanoud die Frage der Verordnung der „autonomen separatistischen Regierung der Pfalz" anfeine Rheinlandvertrag. Gleichzeitig wurde auf Antrag des englischen und belgischen Vertreters für die Kommission das Recht vorbehalten, eine weitere Verordnung der Pfalz vorzunehmen, wenn bis zu dem genannten Datum eine Einigung zwischen den alliierten Regierungen über diese Frage noch nicht erzielt worden sein sollte.

Resolution kommunistischer Pfälzer.

m. Neustadt a. H., 18. 1. (Eigenbericht.) Hier wurde in einer Erwerbslosenversammlung mit etwa 1000 Teilnehmern eine einstimmig angenommene Resolution eingebracht, die die Haltung der kommunistischen Partei der Pfalz prägisiert, und besagt: Die kommunistische Arbeiterschaft der Pfalz wehrt sich gegen die Absicht, ein der Pfalz vom deutschen Wirtschaftsgebiet und somit die vorgeschlagene Bildung eines selbständigen Staates ab. Sie lehnt ferner die sogenannte „autonome Regierung der Pfalz" ab und erklärt, daß sie mit ihren Brüdern rechts des Rheins auf Gedeih und Verderben verbunden zu bleiben will."

★

m. Bergzabern, 18. 1. (Eigenbericht) Das separatistische „Bezirkskommissariat" hat an sämtliche Bürgermeisterämter des Bezirks ein Rundschreiben geschickt, in dem ihnen die Verantwortung für die Folgen einer Nichtausführung dieses Abgesetzten „Bezirkskommissars" angedroht wird. Dieselbe Drohung soll von der gleichen Zentralstelle gegenüber den Gemeinden ausgesprochen, die die ihnen zugestellten Schriftstücke des „Bezirkskommissariats" nicht als rechtsgültig behandeln.

Mannheim, 18. 1. Der vor kurzem zum Teil aufgehobene Straßensperre in Ludwigshafen ist erneut verschärft worden, und zwar auf Anordnung der Rheinlandkommission. Die Sperre unterscheidet wieder von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens.

Falscher Havasbericht.

tw. **Köln**, 18. 1. (Eigenbericht.) Zu der heutigen Havas-Meldung über den Besuch der französischen Offiziere in Köln bemerkt die „Kölnische Zeitung", daß die Durchfahrung von Havas, die deutsche Behörde sei von Tag und Stunde des Eintreffens der Franzosen vorher unterrichtet worden, nicht den Tatsachen entspreche. In Köln habe man die französischen Offiziere erst einige Tage später erwartet, als durch das frühzeitige Eintreffen ziemlich überrascht gewesen. Der Kölner Regierungspräsident sei bei den Verhandlungen mit den Franzosen von der Tatsache unterrichtet, daß die Kommission im Namen der Rheinlandkommission befugt sei, Fragen zu stellen, und seine Beamten beantworteten daher alle Fragen frei und offen.

Deutsch-holländischer Milchlieferungsvertrag.

Cleve, 18. 1. (Mtb.) Die deutsch-holländischen Verhandlungen über einen Milchlieferungsvertrag zur Versorgung des rheinischen Industriegebiets durch das Ruhgebiet sind nunmehr zu einem endgültigen Abschluß gelangt. Das vereinbarte Quantum von 150 000 Litern kann zwar vorläufig noch nicht erreicht werden, jedoch sind die Bemühungen, das Quantum zu erhöhen, eingeleitet. Der Vertrag ist unbefristet, die Kündigungsfrist beträgt einen Monat.

Anwesenheit eines französischen Vertreters einen interalliierten Charakter (?) angenommen habe. Der englische Vertreter sei unwillkürlich durch die Erklärungen der französischen Kommissare überrascht worden. Wie dem aber auch sei, die französische Regierung habe sich an die Bestimmungen des Versailler „Vertrages" und werde niemals auf ihrer Meinung herumgehen. Noch weniger dürfe Frankreich an „Konzessionen" erst darin, die den besten Gebiete unter seinen politischen Einfluß zu bringen. (?) Zurzeit die „Märchen" seien einfach Schreckbilder für kleine Kinder, und diejenigen, die damit hausieren gingen, rechneten allzusehr auf die Leichtgläubigkeit ihrer Zeitgenossen. (Lebhafter Beifall. Zurufe: Unterbrechung.)

Nach kurzer Debatte in der Kammer erklärte sich Poincaré mit der Tagesordnung Menaults und Brousses einverstanden. Die Vitarität für diese Tagesordnung wurde von der Kammer mit 415 gegen 151 Stimmen bewilligt. Die erste Hälfte wurde mit 445 gegen 122, die zweite Hälfte mit 445 gegen 126 und darauf die gesamte Tagesordnung durch Handaufheben angenommen. Die Sitzung war kurz nach 9 Uhr französischer Zeit zu Ende.

Poincarés Sparsystem.

Begründung vor dem Finanzausschuß der Kammer.

Paris, 18. 1.

Poincaré und Finanzminister De Lafeyrie begründeten heute vor dem Finanzausschuß der Kammer die neuen von der Regierung geplanten Steuerentwürfe. Ueber die Sitzung wurde ein amtliches Protokoll ausgegeben, wonach Poincaré erklärte, daß er bereit sei, für alle getroffenen Maßregeln die volle Verantwortung vor der Kammer zu übernehmen. Poincaré betonte besonders, daß die von der Regierung geplanten Maßregeln keineswegs einen Verzicht Frankreichs auf die „Rechte" gegenüber Deutschland darstellen sollten. Der Finanzausschuß teilte des weiteren fest, daß der ordentliche Etatbalancierung. Die wirtschaftliche Lage des Landes sei befriedigend. Um den Zustand zur Distrebiterung des französischen Franken über Vorwand zu nehmen, wurde beschlossen, durch besondere Maßregeln die Ausgaben des Budgets zu decken, das durch die deutschen Zahlungen zu decken sein würde und das durch die Deutschen gefährdet erscheine. (!)

★

Belgrad, 17. 1. Der jugoslawische Finanzminister hat einen Erlaß an die zuständigen Behörden mit einer Verordnung gewandt, alle die Personen, die auf jugoslawischen Gebiete in französischen Franken spekulieren, zu verhaften beginnen, auszuweisen. Wie berichtet wird, hat die Nationalbank in Belgrad einen bedeutenden Kauf an Franken vorgenommen.

Französische Propaganda im Fernen Osten.

Paris, 18. 1. (Eigenbericht.) Zwischen Frankreich und seinem ehemaligen Besitz Indochina ist unmittelbare drahtlose Verbindung hergestellt worden. Die neue Station befindet sich bei Saigon. Sie steht auf rund 10 000 Kilometer mit Bordeaux in Verbindung. Die Wellen müssen dazu über den Himalaya streichen. Bisher war Frankreich in seinem ostasiatischen Besitz lediglich auf fremde Radiostationen angewiesen. Die neue Station wird nicht nur der Verbindung mit Frankreich dienen, sondern sie soll zum Mittelpunkt eines ganzen Netzwerkes für französische wie fremdes Gebiet werden. Wenn auch in erster Linie wirtschaftliche Interessen damit verfolgt werden, so soll, wie der „Temps" schreibt, damit ein Propagandaland geschaffen werden, der Frankreich den Einfluß im Fernen Osten stärkt und ausbaut.

Abrechnungsdebatte im Unterhaus.

London, 18. 1. (T. U.) Die Abrechnungsdebatte im Unterhause wurde heute fortgesetzt. Der Kriegsminister Thomas verteidigte in einer großangelegten Rede die Politik seiner Partei.

Er erklärte, die Arbeiterpartei möge wohl Fehler begehen, aber er glaube doch, daß, wenn sie die Regierung übernehmen werde, ihre Erfahrung und ihr Verantwortungsgefühl für sie sprechen und daß sie trotz aller Schwierigkeiten mit dem aufrichtigen Wunsche ihrer Arbeit nachgehen werde, England seiner Bürger wert zu machen, die während einer so langen schweren Zeit ihren Patriotismus bewiesen hätten.

Der Schatzkanzler Neville Chamberlain verneinte die Absicht der Liberalen, die Arbeiterpartei in den Sattel zu setzen, deren Pläne den konstruktivsten gegenüberstünden, was der Liberalismus erstrebe. Er appellierte an Ramsay Mac Donald, in dem Fall, daß er die Regierung übernehmen werde, mit dem bestmöglichen Wohlwollen die auf das letzen Reichsfinanzen mit den Vertretern der Liberalen Besprechungen vereinbarten Vorschläge einer innerreichlichen Bevorzugung zu behandeln. Das habe nichts mit dem von Lloyd George vorgeschlagenen Schutzkollarif zu tun.

London, 18. 1. (Eb. T. B.) Die Unterhausdebatte über den Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei ist nach der heutigen Sitzung auf Montag vertagt worden.

Neues Kabinett in Finnland.

Helsingfors, 18. 1. (W. T. B.) Der Reichspräsident beauftragte heute den Reichstagsmann Kallio den Abschied und ernannte ein neues Beamtenkabinett mit dem Oberdirektor der Forstverwaltung, Prof. Cojander, als Ministerpräsidenten und den gegenwärtigen Gesandten in Paris, Gnell, als Reichsminister des Auswärtigen.

Der Reichstag ist aufgelöst worden. Die Neuwahlen werden auf den 1. April festgesetzt.

Rücktritt des lettländischen Kabinetts

Riga, 18. 1. (S. E.) Das gesamte lettländische Kabinett, an dessen Spitze der Ministerpräsident Meierowitz stand, hat seine Demission eingereicht. Der Staatspräsident hat das Kabinett bis zur Bildung einer neuen Regierung mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt.

Der Erfolg der ägyptischen Wahlen.

Kairo, 18. 1. Das Kabinett ist infolge des für Zaghul Pascha günstigen Wahlausgangs zurückgetreten. Der König hat den Premierminister, bis zu seiner Rückkehr nach Kairo am 25. 1. im Amte zu bleiben. Dann wird voraussichtlich Zaghul Pascha mit der Kabinettsbildung beauftragt werden.

Rom, 18. 1. (W. T. B.) Das Deutsche Reich und Deutschland 1 200 000 Lire und 50 000 Meter Stoff für Liebesgaben und drei Hektoliter Olivenöl für türkische Kinder übersandt.

London, 18. 1. Lord Curzon hat heute zum ersten Male den neuen türkischen Gesandten in London, Rustu Kemal Bey, empfangen und ihm mitgeteilt, daß die britische Regierung damit einverstanden sei, daß die Beratungen über die Grenzfestsetzungen des Gebietes von Mosul in Kontinuität stattfinden. Großbritannien wird dabei durch Sir Percy Cox, den ehemaligen englischen Oberkommissar im Irak, vertreten sein.

Madrid, 18. 1. (W. T. B.) Die Mörder Dato's, Matas und Nicolau, sind begnadigt worden.

Der Präsident des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, der frühere französische Minister Albert Thomas, befindet sich, wie wir hören, zu einem kurzen Aufenthalt in Berlin, um sich mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über die Frage des Achtstundentages zu besprechen.

Konferenz der Sowjetunion.

Wirtschafts- und Finanzfragen.

Moskau, 18. 1. (Eb. T. B.)

Am 16. Januar wurde die Konferenz der kommunistischen Partei der Sowjetunion in Anwesenheit von 350 Delegierten im Kreml eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen: Die Lehren Lenins für die Wirtschaftspolitik, Organisationsfragen der Partei und die internationale Lage. Unter den Mitgliedern des einleitung gewählten Präsidiums befinden sich: Lenin, Trotzki, Sinowjew, Stalin, Bucharin, Rykow, Kalinin, Krupskaja und Lenin.

In der Eröffnungsrede führte

Kamenew

aus: Die vorangegangene lebhafte Diskussion in der russischen kommunistischen Partei hat bei unseren Feinden allerlei phantastische Hoffnungen erweckt, nun sieht aber jeder, daß die Partei geschlossener denn je dasteht und daß ihre überwältigende Mehrheit eine bestimmte Linie verfolgt, die seit zehn Jahren ausschlaggebend für den Aufbau der Sowjetrepublik ist. Die Partei bleibt Lenins Erbe unabänderlich treu. Sie bleibt einig.

Der Referent für Wirtschaftsfragen

Rykow

stellte fest, daß 90 % der Parteiinitiative die Resolution des Zentralkomitees über die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik gutheißen, in der das Wirtschaftsbündnis zwischen Stadt und Land im Vordergrund steht. Er erklärte: Die im Herbst des Vorjahres aufgetretene teilweise Mißernte war eine Krise des Getreidebeisaufbaus, welche die Kaufkraft der Bauernschaft und dadurch auch den normalen Ablauf der Industrieerzeugnisse beeinträchtigte. Sie wurde zu einem erheblichen Teil durch die unrichtige Preispolitik hervorgerufen. Die nächsten Aufgaben des Finanzwesens sind: Vollendung der Finanzreform durch Einführung einer vorläufigen Valuta, die bereits in Form des Tschermonetz, 1/4 des Goldumlaufs beträgt, und durch Ausbau der Goldreserve. Die wichtigste Aufgabe der Außenhandelspolitik besteht darin, konkurrenz der Handelsbilanz aktiv zu gestalten.

Nach längerer Diskussion, an der alle prominenten Mitglieder der kommunistischen Partei teilnahmen, beschloß die Parteikonferenz einstimmig, die wirtschaftspolitischen Richtlinien des Zentralkomitees zu billigen. Die Opposition gab ihre Gegenvorschläge zurück.

Moskau, 18. 1. Die Russischen über die Zusammenkunft Lenins mit Bonar Law dementiert. Trotzki sei auf Gebeiß seiner Aerzte nach dem Süden gereist.

★

Der transkaukasische Rätekongreß hat beschlossen, das autonome Gebiet Nachtschawan zu einer autonomen Sowjetrepublik zu erklären und unter das Protektorat der benachbarten Sowjetrepublik Aserbaidschan zu stellen.

Ein Fragebogen für Reichsbankpräsident Schacht.

Paris, 18. 1. (Eb. T. B.) Es wird bestätigt, daß Reichsbankpräsident Schacht am Montag zum ersten Male einer Sitzung des ersten Sachverständigenkomitees beiwohnen wird. Die Meldung des „Temps", er werde in Begleitung von Staatssekretär Bergmann eintreffen, ist unrichtig. Staatssekretär Bergmann weilt bereits seit mehreren Tagen in Paris. Dem „Temps" zufolge haben heute vormittag offizielle Besprechungen zwischen einigen Mitgliedern des Sachverständigenkomitees über die Liste der Schacht vorzulegenden Fragen stattgefunden.

Die Reparationskommission hat sich in einer offiziellen Sitzung heute vormittag u. a. mit den Vorbereitungen für den Zusammentritt des zweiten Sachverständigenausschusses am kommenden Montag beschäftigt.

Botschaftsrat v. Hoesch bei Stresemann.

W. T. B. meldet:

Der deutsche Geschäftsträger in Paris, v. Hoesch, hatte heute eine mehrstündige Unterredung mit dem Außenminister Dr. Stresemann. Herr v. Hoesch wird Anfang nächster Woche nach Paris zurückkehren.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	18. 1.	17. 1.		18. 1.	17. 1.
Tägl. Geld	4 %	4 %	Amsterd.	37,19	37,10
Berlin	21 1/2 U. 14 U	21 1/2 U. 14 U	Brüssel	—,—	17,29
London Sichtkurs	4,84 1/2	4,84 1/2	Kopenh.	17,82	17,78
mittagsp.			Prag	2,91	2,91
London			Rom	—,—	4,37
Lond. Tr.	4,84,00	4,54,62	Schweiz	—,—	12,77
Lond. Sht.	4,21,00	4,21,50	Wien		
Paris	4,50	4,63	Amst.	62 1/2	63 1/2
Brüssel	4,39	4,39			

New York, Produktenmarkt.

	18. 1.	17. 1.		18. 1.	17. 1.
Kaffee Santos	10 1/2	10 1/2	Eisen	22,75	22,75
„ Rio	9,94	9,94	Weizenmehl	5,50	5,50
„ Flor.	9,64	9,54	Schmalz	13,12 1/2	13,12 1/2
„ Juli	9,49	9,39	Zucker	8 1/2	8
Zucker	3,29	3,29	Kupfer	11,50	11,50
„ Dezbr.	9,19	9,09	Zinn	41,29	41,26
Kupferpreis	13,20	13,10	Petroleum	17,15	17,15
„ Jan.	32,70	32,65	„ Tanks	7,00	7,00
„ März	33,00	32,95	„ Raff. nw.	14,00	14,00
„ Mai	33,25	33,13	„ Dest. bel.	5,75	5,75
„ Juli	32,20	32,07	Benzin Mitr.	4,75	4,75
Baumwolle	19,000	30,000	„ Gas	4,82	4,81
August	12,25	12,4	Terpentin	105,00	103,00
Mai	8,67	8,64	Kaffee	58,25	58,75
Jan.	6,45	6,42	Baumw. Ob.	33,35	33,25

	18. 1.	17. 1.		18. 1.	17. 1.
Weizen, rot	122 1/4	123 1/4	Rohr. Ib.	5,00-5,50	5,00-5,50
Korn	125	125 1/4	Kartf. Exp.	3 sh 1 d	3 sh 1 d
Hafer	92 1/4	93 1/4	Kaffee	15 cts.	15 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	18. 1.	17. 1.		18. 1.	17. 1.
Weizen Mai	106 1/8	106	Schweine März	11,72 1/2	11,82 1/2
Juli	106 1/8	107 1/4	Rippen Januar	9,95	10,00
Mais Mai	78 1/2	79 1/2	Talg	9,87 1/2	10,00
Juli	79 1/4	80 1/4	Schmalz Januar	6,75	6,85
Hafer Mai	47 1/4	47 1/4	Schweine, Leichte	7,15	7,35
Juli	45 1/4	46 1/4	Schweine, schwere	7,10	7,35
Roggen Mai	74 1/4	74 1/4	Schweine, Packing	7,25	7,20
Juli	74 1/4	75 1/4	Zufuhren	36 000	70 000
Schmalz Mai	11,82 1/2	11,95	Zufuhren	169 000	146 000

Hochdruck.

Von

Siegfried Hartmann.

Gestern und heute tagen in Berlin auf Einladung des Vereins Deutscher Ingenieure und anderer führender technischer Vereine zahlreiche Praktiker und Wissenschaftler, um eine für unsere deutsche Wirtschaft und damit für die Gesamtheit unseres Volkes außerordentlich wichtige und interessante Frage zu behandeln: die Druckfeuerung in Dampfbetrieben.

Schon vor Jahr und Tag konnten, wir unsere Leser davon unterrichten, daß Versuche im Gang sind, die Dampfbrennung in Dampfkesselbetrieben erheblich zu steigern, und zwar von dem jetzt üblichen Wert von etwa 15 Atmosphären Druck mit riesenem Sprung auf 60, ja auf 100 Atmosphären.

Das ist keine rein technische Angelegenheit. Bedeutet diese Druckfeuerung doch praktisch nichts anderes als eine bedeutende Erhöhung der Wirtschaftlichkeit unserer Energieversorgung. In unserer am Sonntag erschienenen Beilage „Kohl und Stoff" wurde wir hierüber weitere Einzelheiten veröffentlichen, aus denen hervorgeht, daß mit bedeutend weniger Kohle die gleiche Leistung zu erzielen ist.

Wir wissen, sollten es wissen, daß die ganze Kultur und Wirtschaft der in der gemäßigten Zone lebenden Kulturvölkern heute ausschließlich der Wärmelieferung auf der Ausnutzung der Kohle beruht. Wir kennen zurzeit kein anderes Mittel, um auch nur die ein unserem Klima für Leben und Arbeit erforderliche Heizung zu betreiben. Geben wir doch rund 22 % des deut

Rohe Brocke aufzuwärmen, z. B. zum Heizen, Trocknen usw.

Gehen unabhängig hiervon auch aber in jedem einzelnen Zweig der Technik dafür gesorgt werden, daß der gewollte Erfolg, bei der Kraftmaschine also die Kraftgewinnung, damit dar doch gesichert wird, und da bleibt nun die Verwendung noch höherer Spannungen oder Drucke sehr gute Aussichten: wie schon erwähnt, wird damit vermutlich mit weniger Kohle mehr Kraft gewonnen können wird heute.

Gangbar geworden ist dieser theoretisch bekannte Weg durch die verdienstvolle Arbeit unserer Siefsiedlungen, Ubemfer und Hüttenleute, die heute ein außerordentlich festes und betriebssicheres Material zur Verfügung stellen können, das den hohen Ansprüchen gerecht wird. Auch in taktischer Beziehung sind neue Wege gefunden worden, um die großen Kräfte sicher zu beherrschen.

Hoffen wir, daß die Tagung nicht nur die Klärung wichtiger Einzelheiten bringt, sondern auch gleichzeitig einen kräftigen Anstoß gibt, die ganze Frage so rasch vorwärts zu treiben, wie es die Not unseres Volkes gebietet; und hoffen wir vor allem, daß nicht nur die Konstrukteure, sondern vor allem die Kreise, denen es obliegt, die Fortanwendung zu sichern, großzügig und entschlossen die Entwicklung in jeder Beziehung fördern.

Der Kampf der Radikalen am Niederrhein.

Mehr und mehr stellt es sich heraus, daß die erfolgten Betriebsstillegungen in den Bergwerken und Fabriken links und rechts des Niederrheins durch den Terror radikaler meist jugendlicher Hyper hervorgerufen sind, teils mit, teils ohne kommunistische Parole. Die Arbeiterschaft lehnte diesem wüsten Treiben mit stummer Passivität zu und sah es sich z. B. gefallen, daß ein junger Bursche die Stimmurne an sich reißt und damit eine Urabstimmung unmöglich macht. Die Polizei ist natürlich im allgemeinen viel zu schwach, um die Gummiknüppelheld von den Fabrikstoren fern zu halten. Im großen ist die Lage unverändert. Neues bringen die folgenden Meldungen:

Köln, 18. 1. (WTB.). Zu der Meldung über die Gefährdung der Elektrizitätsversorgung für Köln und Bonn durch den Ausstand der Belegschaft des Golden-Bergwerks und der Zeche „Vereinigte Wilhelm" wird noch ergänzend berichtet: Der bisherige Elektrizitätsbedarf kann durch das Goldenbergwerk nur noch drei bis vier Tage gedeckt werden. Der englische Kreisbevollmächtigte hat darauf hingewiesen, daß er unter Umständen die Wiederaufnahme der Arbeit zwangsweise durchführen würde.

Die Vorgänge im Kölner Braunkohlengebiet zeigen deutlich, daß der von einem kommunistischen Betriebsrätekongreß ausgehende Generalstreikaufruf trotz der Ablehnung durch die Gewerkschaften in den Außenrevieren des Kölner Wirtschaftsgebiets zur Durchführung kommen soll. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsgruppe Köln, fordert seine Mitglieder auf, sich gegen jede Partei zu stellen und sich von den Wirkungen der Exponisation zu halten.

rw. Bochum, 18. 1. (Eigenbericht). Von kommunistischer Seite war nach dem ein Betriebsrätekongreß der Bochiebelegschaften bei Ausstehenbleibenden erberufen worden. Diese Versammlung war aber nicht genehmigt und wurde daher von der Polizei aufgelöst.

Schiedsspruch in der Bielefelder Metallindustrie.

Bielefeld, 18. 1. (T. U.) In einer Verhandlung unter dem Vorsitz des Vertreters des Reichs- und Staatskommissars in Bonn ist mit den Stimmen der Arbeitgeber ein Schiedsspruch gefällt worden, der für die Bielefelder Metallindustrie am 21. d. M. die wöchentliche Arbeitszeit von 54 Stunden vorsieht.

Marx und Knilling.

Hamburg u. d. O., 18. 1. Die Aussprache zwischen dem Reichskanzler Marx und dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling hat heute stattgefunden. Die erörterte sich insbesondere auch auf die bayerische Denkschrift zur Reimarer Verfassung und war getragen von Verständnis für die gegenseitigen Belange. Weiter sie weitere gesichtliche Behandlung der schwebenden Fragen wurde Einvernehmen erzielt.

Schmittner

Edel-Lavendel in der blauen Karaffe. Die beliebte und bevorzugte Marke überall käuflich. Wo nicht zu haben, weisen Bezugsquellen nach: C. Schmittner & Co. (Inhabergeschäft.) Berlin W., Kurfürstendamm 232. Fernsprecher: Pfalzburg 860—471.

Aufgaben der Sozialpolitik.

Gegensätze und Verständigungswille.

Aufsprache im Reichswirtschaftsrat.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, der zu einer Aussprache über die künftigen Aufgaben der Sozialpolitik zusammentrat, gab zunächst der Vorsitzende Umbreit den Bedauern Ausdruck, daß die Tätigkeit des Reichswirtschaftsrats durch das Ermächtigungsgesetz erheblich eingeschränkt worden sei. Der Sozialpolitische Ausschuß müsse bei der Vorbereitung der wirtschaftlichen Gesetzesvorlagen unbedingt gehört werden.

In der Generalaussprache betonte ein mütiges Bedauern über die Nichtbildung des Reichswirtschaftsrats sowie Einstimmigkeit darüber, daß die Sozialpolitik nur außerordentlich werden könne, wenn die Wirtschaft wieder in Gang komme. In der Verwirklichung über den gegenwärtigen Stand dieser Fragen gingen jedoch die Ansichten stark auseinander.

Von der Arbeitnehmerseite

wurde die Sozialpolitik als eine Politik auf feine Sicht angesehen. Manche Projekte würden wegen der Armut der Wirtschaft zurückgestellt werden müssen. Die Neuordnung der Arbeitszeit habe auf die Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern höchst günstig gewirkt. Die Verordnung sei innerlich unwahr, weil widerspruchsvoll. Tatsache sollte für die Schichtung und Arbeitszeit die Arbeitsbereitschaft sein. Die Angestelltenversicherung habe sich völlig überlebt und belaste nur die Wirtschaft, wenn die Bemühungen nicht grundlegend vereinfacht würde.

Von Arbeitnehmerseite

wurde die neuerdings verfeinerte Pflicht der Unternehmer, auf allen Gebieten, insbesondere auf benjenigen der Arbeitszeit sich über bestehende Bestimmungen hinwegzusetzen und einfach zu führen — namentlich in Bergbau und Schwerindustrie —, auf das heftigste angegriffen. Dieser Weg verhindere jede Verständigung, schädige die Arbeitnehmer und damit die ganze Wirtschaft. Tiefste Wirkung zeigt auch der Abbau der Sozialpolitik die in keiner Zeit notwendiger ist als jetzt. Die Arbeitnehmer wünschen nicht nur alle Arbeitskraft gewertet, sondern auch alle Menschen behandelt zu werden.

Gesetzmäßige Bücher für Verständigung.

Geheimrat Dr. Bücher sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Unternehmer pinsichtlich der Regelung der Arbeitszeit nach den unmittelbaren wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Sinne der Fehler verfahren wollen wie bisher die Arbeitnehmer. Er werbe auch weiterhin seinen ganzen Einfluß aufbieten, um auf der Arbeitgeberseite den Weg zur Verständigung offen zu halten. Eine Verringerung der Arbeitszeit könne nur erfolgen in dem Maße, in dem der wirtschaftliche Wohlstand wieder zunehme. Dem dürfen augenblicklich namentlich die Wirkungen der außenpolitischen Verpflichtungen noch entgegen.

Nach Schluß der Generalaussprache wurde beschlossen, die Arbeitszeitfrage, die durch die Notverordnung eine neue Form und nicht betriebsgemäße vorläufige Regelung gefunden habe, zunächst noch zurückzustellen zur weiteren Beratung. Aus ihrem Gebiet wird nur die Teilfrage der Arbeitsbereitschaft entnommen, dazu gegen die Beratung über das Gesetz über Betriebsräten und die Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen mit Rücksicht auf die im Gange befindlichen Verhandlungen der beteiligten Kreise vorläufig abzusagen. Tagsüber gesichtet beständlich der Frage der Sonntagsruhe, insbesondere des Arbeitsschutzes bei den Reichsarbeitsministerium um die Vorlage seines Berichts. Weiter wird noch über die Notverordnung erörtert werden.

Landtag.

Im Preußischen Landtag ist am Freitag nachmittag der Sozialausschuß des Staatsrates Ausschusses zur einzelnen Verabschiedung der Vorlagen über den Beamtenabbau zusammen. Wesentliche Veränderungen sind nicht vorgenommen worden.

Erst später wird wohl die Entscheidung über die Kontrollorganisation fallen, welche als Schiedsgericht vom Staatsrat einschlägt vor: Ueber einen einzurichtenden parlamentarischen Ueberwachungsausschuß. Das Staatsministerium lehnt dies entschieden ein solches Schiedsgericht ab. Es wird aber wohl zu einer Verständigung kommen.

Berliner Reichsgründungsfeiern.

Universität.

Wie alljährlich wurde auch diesmal die Erinnerung an die Reichsgründung am 18. Januar von der Berliner Universität mit einem festlichen Akt in der Aula begangen. Die Korporationen in Wichs gegen auf und schmückten mit ihren bunten Fahnen den Raum, die Professoren in Talaren in den Amtstalaren, der Rektor im goldenen Zeichen seiner Amtswürde. Vorträge des Prof. Max Friedländer geleiteten den Akt, ein Chors und des Akademischen Orchesters unter Leitung von Dr. Erich Prochnik rahmen an der Feier ein, unter den Weihnachtsliedern gelangten dieser unvergeßliche Lieder Franz Schuberts gelungen.

Die Festrede hielt Professor Dr. Werner Jaeger über „Die griechische Staatsethik im Zeitalter des Plato". Mit vielen Seitenblicken auf die gegenwärtige Zeit und unter Hervorhebung gesteigerten staatlichen Verhaltungen gog er die große Linie der Entwicklung der griechischen Staatsidee, die die Staatsidee bedingt: wie von dem Staat als Sittenbild erziger kommischer Gesetzlichkeit, die den Menschen erst zum Menschen macht, die Staatsidee hinabgezogen ist zur Auffassung vom Staat als einer von Menschen geschaffenen Norm, wie eine Umwertung aller Werte auch in Griechenland eintritt und die Macht des einzelnen, das Recht des Stärkeren zum Wesen des Staates wird, und dem die ethischen Aufsummen fließen. In dem Untergang des Sokrates des gerechtesten aller Bürger, schlnoie Prof. Jaeger das Bild des Kampfes unterhalten oder an der Wahrung der Staatsgesetze mitwirkten.

Nach ihm hielt der Sprecher der Studentenschaft eine kurze, frische, klare Rede, in der er den Lebenswillen der deutschen akademischen Jugend, die trotzdem sich für das Ziel nur die Erreichung zu einer großzusetzenden Vereinigung zum Ausdruck brachte.

Das Schlußwort des Rektors Geh. Rat Kuhne, der von der Pflicht der Hingabe der Persönlichkeit an den Staat sprach, klang aus in den Worten von Richard Armin Bunze (1819):

Das Haus muß zerfallen
Das hab's denn für Not?
Der Geist lebt in uns allen
Und unsere Burg ist Gott!

Technische Hochschule.

Körperschaft, Studentenschaft und eine große Anzahl Ehrenbürger und Ehrenmitglieder der Technischen Hochschule in Charlottenburg hatten sich am 18. Januar zur Feier der Reichsgründung im Lichthofe der Hochschule versammelt. Für den Fichte-Bund hielt der Rektor Prof. Dr. Loos auf seinem engeren Fachgebiete das Thema gesprochen: „Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte".

In den Jahren nach der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges — so führte der Redner aus — hatte der deutsche Handelsflotte in ihrer große Bis an die zweite Stelle gerückt, nur übertroffen von der englischen Handelsflotte. Durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges und die Pfandbeteiligungen des Versailler Diktats, die jeder Deutsche sich immer wieder vor Augen halten sollte, mußte die gesamte Handelsflotte an den Feindbund ausgeliefert werden. Doch hat sich trotzdem der Geist bei den Deutschen Bilz zum Wohle des ganzen Vaterlandes den Neubau der Handelsflotte in Angriff genommen, und in drei Jahren hat sich die Zahl der deutschen Handelsflotte wieder aufgebaut. Ihre dieser hanseatische Geist, der Geist zum Zusammenstehen und zum Zusammenarbeiten, erwarte mehr bei jedem Deutschen Eingang finden und sich wie ein festliches Stählen über das ganze Deutsche Vaterland legen.

Die Feier wurde durch Orchesterworträge des Akademischen Chors der Hochschule und das gemeinsam gesungene Deutschlandlied eingeleitet.

*

In der Handelshochschule Berlin sprach von einer sehr zahlreichen Hörerschaft der Ordinarius der Handelshochschule, Professor Dr. Tiessen, über den „Versailler Vertrag und die Reichsgründung". Redner führte aus, wie keinen interessanten Ausführungen zu sei.

In der Landwirtschaftlichen Hochschule sprach Professor Dr. Ring über „Der Kampf der Völker um die Industrie", in dem er in einem historischen Rückblick auf die Entstehung der Industrie Deutschlands hervorragende Rolle würdigte.

Die preußischen Grundsteuern.

Der Preußische Staatsrat trifft am Dienstag, den 22. Januar, zu einem neuen Plenarsitzung zusammen. Zur Verhandlung steht neben verschiedenen kleineren Vorlagen die Notverordnung betreffend Abänderung des Gesetzes vom 1. Juni 1923 über die Grundsteuer und die dazu gestellten Anträge.

Thormanns Helfer verhaftet.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist der stellvertretende Leiter Beteiligte an dem phonistischen Komplott gegen General von Seeckt verhaftet worden. Am übrigen hat die Untersuchung nichts ergeben, was zu stärkeren Belastungen Anlaß geben könnte.

Zur Gütertarifermäßigung.

Ein Schreiben Minister Oesers.

In der Angelegenheit der Ermäßigung der Güter- und Tiertarife, über die wir bereits in Nr. 15/16 der „DAZ" berichteten, der der Reichsverkehrsminister Oeser an den Reichsverkehrsministerium und Reichseisenbahnrates folgendes Schreiben gerichtet:

„Bei Beschlüsse des Ständigen Ausschusses des Reichseisenbahnrates vom 14. vorigen Monats gemäß die eingehende gemacht, daß die eine allgemeine Herabsetzung der Gütertarife, die auch ich als durchaus erwünscht und erstrebenswert ansehe, möglich sei. Demgegenüber bin ich nach der schwierigen Finanzlage der Reichsbahn erheblichen Bedenken bezogen, habe ich mich doch entschlossen, von D. R. M. ab die Sätze der Normalfrachten des Gütertarifs und der Ausnahmetarife einschließlich des Ausnahmetarifes sowie die Frachten des Tiertarifes um 8 % zu ermäßigen. Die Ausnahmetarife für Düngemittel und Kartoffeln in Lohnsagen, die Notlandstarife für Lebensmittel, die Seehafenausnahmetarife und die in ausländischer Währung veröffentlichten Frachtsätze werden unberührt nicht ein bist. Wegen der Düngemittelsätze erfolgt eine Vorlage an den Reichsrat beschränkt. Die Seehafenausnahmetarife sind aufgestellt worden, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Seehäfen unter sich und mit dem Auslande und können daher nicht ohne weiteres geändert werden. Die Notstandstarife für Lebensmittel haben bereits die durch Einführung des Gütertarifs eingetretene Verteuerung berücksichtigt. Auch leistete bei der allgemeinen Herabsetzung das Bestreben, den allgemeinen Preisabbau zu fördern und den Verkehr, dessen Aufschwung die Wirtschaft aus der Fehlgeld der Währung erwartet, zu beleben.

Eine stärkere Ermäßigung konnte angesichts der noch ungeheuer hohen Lasten aus der Wiedergutmachung und nicht vertreten werden. Zumal die Unterstützung der unter Erwerbslosigkeit leidenden Eisenbahnerschaft noch nicht abgeschlossen ist, so ist ein besonderer Ausschuß beauftragt, zu prüfen wie verfahren in zahlreichen Eingaben beschlossene Tarifermäßigungen, wie z. B. die Zuschläge für Eisen- und Stahl mit zur Zeit ausgeworfenen und soll dann, sobald es möglich ist, Vorschläge zur Gewährung weiterer Tariferleichterungen wird in der nächsten Sitzung des Ständigen Ausschusses des Reichseisenbahnrats zur Erörterung gestellt werden. Die Überlegung einer Vorlage behalte ich mir dieserhalb vor."

Tarifverhandlungen.

Versicherungsgewerbe.

Da bei den Reichstarifverhandlungen im Versicherungsgewerbe es eine Einigung nicht erzielen konnte, ist der Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Berliner chemische Industrie.

Die Arbeitgeberverband der chemischen Industrie (Sektion I A Berlin), der vorwie und der Berliner Metallindustriellen sich gegen die Schlichtertätigkeit des Reichsministers a. D. Wissell gewandt hatte, hat nunmehr den am 12. Januar unter Vorsitz Wissells gefällten Schiedsspruch für die Angestellten der chemischen Industrie abgelehnt.

"Brennschwelgs Kampf um die Bekenntnisschule.

Braunschweig, 18. 1. (T. U.). Die evangelischen Elternbünde von Braunschweig haben an Gemeinden eine Eingabe gerichtet, in welcher sie ihnen mitteilen, daß sie in der Volksschule, Tarifrich Wunsch der Erziehungsberechtigten Kinder aus den unteren beiden Grundschulklassen bereits nach Ostern nicht mehr zusammenlegen und zusammen unterrichten. Dr. Jarres, mit: „Sodaß mir zur Kenntnis gebracht wird, daß nach Ostern 1924 in Braunschweig nicht die Eltern bestehen, daß auf Wunsch der Erziehungsberechtigten Kinder aus den unteren beiden Grundschulklassen bereits nach Ostern nicht mehr zusammen unterrichtet werde ich die Entscheidung des Reichsgerichts anrufen."

Paul Grimm
Cigarren-Importhaus
Berlin W. 8, Kronenstrasse 58
an der Friedrichstrasse
Tel. Merkur 5209—5310 — Gegründet 1883

Ungeziefer: Reebsma, Cormoran 10 Pfg. d. Stck. | Ungeziefer: Grimm's Märchen, Gestreifter Kater 10 Pfg. d. Stck. | Ungeziefer: Grimm's Märchen, Rothäppchen 10 Pfg. d. Stck. | Ungeziefer: Grimm's Milde ciscis, Rothäppchen 10 Pfg. d. Stck. | Ungeziefer: Grimm's Märchen, Schneewittchen 10 Pfg. d. Stck. | Ungeziefer: Aschowann, Perf ctos finor 8 Pfg. d. Stck.

Best Bahnhofs- und Originalsäckchen gewähren Ich Kabarett-, Postversand auch ausserhalb Franko.

Berliner Niederlassungen:
Fil. Kronenstr. 38, an der Friedrichstrasse, Tel. Merkur 8835.
Fil. Friedr. 126, Ecke Jägerstrasse, Tel. Merkur 8835.
Fil. Charl., Hardenberg tr. 1, Ecke Bismarckstrasse, am Untergrundbhf. Knie. Tel. Steinplatz 2126.
Fil. Charl., Kurfürstendamm 31, Ecke Uhlandstr., am Untergrundbhf. Uhlandstr. Tel. Steinplatz 9473.

Statt jeder besonderen Anzeige.
Am neunzigsten Lebensjahre schied heute sanft aus einem an Arbeit und Anerkennung reichen Leben unser lieber Gatte, Vater, Großvater, Bruder, Schwager
Dr. Georg Hermann Quincke
Professor der Physik.
Heidelberg, Hannover, Berlin, Köln, 13. Januar 1924.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Suche Töchteraustausch
nach Berlin oder Cöthen für meine Tochter (18 Jahre), die Gemüsebau erlernen will. Nehme auch Kind aber Herrn auf. Eltern Vorzugsweise Pastor Lindner, Erfurt, Klingenstraße 11.

Zu fragen gesucht
ca. 30 Betten i. groß. Winterpension, Harz od. Thüringen v. Lic. unselbstig. Anderer.

Pension für schulpflichtige Kinder.
In Offen ent. früher lieben einige Knaben und Mädchen, welche die höheren Schulen besuchen sollen, in meinem Hause gute Pension und sorgfältige Erziehung. Gerhardt, Lübeck, am Stadtgraben 10.

Basel Grand Hotel & Hotel Euler
Vornehmes, altbekanntes Familienhotel ersten Ranges. Am Centralbahnhof.
Telegr. Adresse: Euterhotel.

Bad Freienwalde a. O.,
nahe Berlin. Sanatorium für Nervöse, i. innere Krankheiten, hohe Waldlage. Dr. Zenker.

Versteigerung
aus Schloß, Villen, hochherrschaftlichem und anderm Besitz
Gemälde, Kunst und Mobiliar
aller Art, darunter Gemälde guter Meister, wertvolle Teppiche, Gobelins, Kronleuchter, Porzellan, Silber, Bronzen, Uhren, Möbel, Kunstgewerbliches usw. Antiquitäten
Aussstellung:
Sonnabend, den 19. Januar, von 10—7 Uhr
Sonntag, den 20. Januar, von 10—2 Uhr
Versteigerung
Montag, den 21. Januar, ab 10 Uhr vorm.
Katalog aus Wunsch gratis und franko
Eugen Relz
Kunstauktionshaus
Berlin SW 68, Kochstraße 6-7.

Heuchelmordaffäre
Nationalsozialistische Wochenschrift
Gegen den Terror 1848 kämpfte der Bürger die Demokratie und Schwächlichkeit der Zeitgenossen und kämpft Jahrhunderte Analogie mit den Waffen des Humors und der Satire, d. h. mit Witz und Schlagfertigkeit gegen alles Gemeine auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete. Jede einzelne Nummer trägt zu einer in Anlegt der Reichsbanner Gelbe gefehlenen Chronik der Weltgeschichte bei.
Abonnementsbestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Zeitungsverlagen entgegen. Einzelnummern bei der Zeitschriftenhandlungen erhältlich.
Verlag H. Hofmann & Co., S.W.11, Berlin SW.11

Der „Klopfstift" D.R.P.
Der einfachste Füllbleistift.
Von unbegrenzter Gebrauchsfähigkeit.
da alle Innenteile auswechselbar.
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.
Thu Wu Schreibwaren Werke G.m.b.H.
Hamburg 13
Tel.: Hansa 1381 — Rentzelstr. 10—12 — Tel.-Adr.: Birlbi

Stoffe-Schendel
Kurfürstendamm 235
neben dem Marmorhaus.
Bis ge Tage
Außergewöhnlich preiswerte Angebote in prima Ma.waren.
Spezialität:
Gabardine und Kammgarne
feinste Qualitäten 19.50 per Meter . . .
Telephon: Steinplatz 12386.

Wohn- und Schlafzimmer
(auch 2teilig)
möblliert in nur gutem Stoile, wenn möglich mit fließendem Wasser; Bad und Fernsprecher, in der Nähe von Stadt- oder Ostbahnhof, von Herrn gesucht mit Angabe, ob etwa kleine Vergütung möglich. Angebote mit Preis unt. Nr. 1488 an die Expedition dieses Blattes.

Neigungsehe
i. m. Schwager, Witwer, Kaufmann, ist, liebevoll, humorvoll, Charakter, schöne Erscheinung, mit schön. Heim, sehnsuchtsvoll nach entsprechendem Gegenstück mit 40 Jahre. Ehrenwörtliche Zuschriften vertraut und ausführlich. Anonym unerfreut. Chiffre U. E. 30 660 an Haasenstein & Vogler, Postfach 72.

Für meinen Schwager, 33 Jahre, 1.68 groß, solide Industrieller, in gesicherter Position, sehr vermögend, suche ich die gleichzeitige Neigungsehe einer gebildeten jungen Dame
nach bestem Bürgerkreise, 25—32 Jahre. Bedingung: Herzensgüte und Charakter. Ernstgemeinte Zuschriften unter Nr. 1477 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Welche kinderliebende vermögende Dame aus guter Familie, mit Sinn, wünscht Geschäftsreichen und Bekanntschaft
mit höherem Beamten in sehr angenehmen Verhältnissen in mit guter Stadt im unbefleckten Rechtsverhältnis wohnend, 40 Jahre, ohne Anhang, zwecks Heirat kennen zu lernen? Ernstgemeinte Zuschriften vertraut und ausführlich. Anonym unerfreut. Chiffre U. E. 30 660 an Haasenstein & Vogler, Postfach 72.

Rittergutsbesitzers-Tochter!
Mitte 20, sucht auf diesem Wege, da hier auf dem Lande keine Gelegenheit zu passendem geselligen Verkehr vorhanden, mit Herrn zwecks späterer Heirat (Landwirt, auch Arzt, Jurist) in Briefwechsel zu treten. Briefe unter F. 8400, postlagernd Weimar, erbeten. Diskretion Ehrensache!

Erstklassige christl. Ehea
prompt, erfolgreich in 1a- u. Anst.
M. Freifrau v. Coburg
Berlin-Schöneberg, Grunewaldstr. 15 — seit 1912
Tonnel mit 1-7. Lieb. 8444
Briefkonkosten erforderlich

Ein Dichter der Kinder.

Hoffmann von Fallersleben.

Zum 50. Todestage, 19. Januar 1924.

Von
Dr. O. Karstädt.

Weil der ganz unedelste Dichter aus dem Dörfchen Fallersleben einst, auf Helgoland, mit der Eingebung des Deutschland-Liedes begnadet wurde, hat er in der Jugendgeschichte vor allem als beliebter Sänger, weniger als Dichter für unsere Kleinsten weiter. Das ist ein Unrecht, denn hier ist und wurde der große Wurf gelungen, ein wirklich kindertümliches, ein Kinderwirklich, zu schaffen.

Die echten Gedichte sind immer die Gelegenheitsgedichte im Goethischen Sinne. Hoffmann schuf keine ersten Kindertieder zur Beschimmer Kinder. Der Wandersmann, der Wandersang und arm am Beutel, wollte Pfärrig (geb. 1798) der Frau Minna von Winterfeld ein Geschenk zum Geburtstag ihrer Kinder wissen. Was konnte er Schöneres bieten als das „Liebenzgarten gesamterlichen Wiegenlieder"? Und ferbem hauptsächlich sich Lied auf Lied — ein Lied Spreu, die der Wind zerstreut hat, ein anderer Text fruchtbarer Same zum fast Kindergemüt, der der frischen Gemüter nachfolgender Seelen nicht zu verwerben vermag.

Von echten Dichter hatte er das musikalische Ohr. Mündlich Reim, Melodie erfassen sich zuerst; diesen Anregern geht fügten sich Vorstellungen und Worte. In erstaunt ist, wie er schließlich aus Vorungedung kam. Als Gedichte sammelte er Volkslieder und ihre Weisen, und in den Hausskompanell Emil Richter, der zu den 50 Kinderliedern nach Originale und bekannten Weisen" (1843) die Klavierbegleitung beisteuerte, mußte ihm die langhaarigen Lutkemeisen so oft vorführen, bis sie dem Dichter mit Klängen im Ohr lagen, die ihn nicht mehr loslließen, ihm durchs Ohr summten, wenn er am Buch und über Bücher dahinsitzen, und die ihn an anderer Arbeit hinderten, wenn er sich an den Schreibtisch setzte. Wenn dann die Worte aus der Kindertiefsprache und die Bilder aus dem Kinderreich in die Melodien gegossen waren, fühlte er sich glücklich wie ein Schöpfungsvater.

Manches gelang vorbei, wie sollte es bei der Fruchtbarkeit anders sein? Leichten Herzens setzt sich Hoffmann über kritische Bedenken hinweg:

Ihr lieben Herren, was forschet ihr,
Ich ich wohl bei ein Dichter?
Ich habe nichts für euch gemacht,
Ich habe nur ans Volk gedacht,
Das Volk, das ist mein Richter.

Es ist ihm ein dankbarer Richter geworden, und die Dorfkerchen stimmt zur Wilde. Heute müssen wir feststellen, daß die alten Volksliedmelodien für Hoffmann dichteten und dachten, und man könnte auf diese reinen Kinderlieder die Frage anwenden: Weil dir ein Verstein gelang in einer gebildeten Sprache, die sich dich dichtet und denkt, glaubst du ein Dichter zu sein?" Die Sonnabarkeit seiner Liedchen lässt landläufig übersehen, daß die Sprache Hoffmanns vielfach nicht blieb unvollständig, sondern oft gepaart ist.

Die Schule nahm trotzdem fast alles begierig von ihm auf, denn die hatte plötzlich für die schönen alten und neuen kindertümlichen Volksliedern Texte — ohne Bleichen und Liebe —, und so lang die dann „Der Frühling hat sich eingestellt" hieß „Jetzt gang i ans Brunnele" oder „Es ist ein Ochse gewesen" — und so lang die Kinder sich kennengelernt? So hat der Dichter unzählig viel Liebe und Verehrung gehabt, die ursprünglichen Volkslieder von den alten Melodien zu rennen und so dadurch durch sein Kinderlied auch dem Volksbewußtsein zu verbrängen.

In neuerer Zeit fängt er an, das Schicksal aller älteren Kinderliedichter (Reinick, Gall, Gustav Schwab, Wilhelm Hauff, Kleiner Glückstagen) zu teilen: von wirklichen Kinderliedschätzern wie Gustav Falke Adolf und Paula Dehmel, Klaus Groth, der Niederdeutschen Hermann Claudius und Gerch Fock, von Albert Ertzel und Karl Ferdinand verdrängt zu werden. Das ist begreiflich, denn Dichter wie Gustav Falke sind Kinderdichter im Sinne des Sprachlichen Wortes, daß sie nicht für die Jugend, sondern für sie für die Jugend schreiben. Die Zeit ist vorüber, in der Kinderlieder möglich waren, die für Erwachsene nicht ganz ausreichen, für Kinder aber gut genug schienen. Der Kinderdichter spricht im Augenblick, wo er das schwere Gepangenschicksal Erwachsener als Kinder empfindet und eigener Kindheitserinnerung und aus der Einfühlung in ihre fantasie Kinder heraus, als ein wirkliches Kind, und dichtet nicht für Kinder.

Am 50. Todestage Hoffmanns aber wollen wir gern anerkennen, daß er aus dem kindlichen Kulturzusammenhang heraus Kinderlieder und Bilder von allerlei Geister, von Kuckuck, Storch, Uhu, Eichhörnchen und Hase mit Schera, Wormwalsen und Reimsilben zu verinnen hat, gesucht, um nach langem weiter auf die deutsche Schule, die deutsche Kindheit und damit immerhin auch auf das Geschlecht der Erwachsenen zu wirken.

Der Dresdener Toller-Skandal. Die Aufführung der Tragödie „Einstemann" von Ernst Toller für Sonnabend und Montag auf dem Spielplan des Schauspielhauses hand, ist abgesetzt und durch andere Stücke ersetzt worden. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat das Ministerium für Volk. Bildung angeordnet, daß wegen der planmäßigen Störung der geistigen Entaufführung der Tragödie gegen diejenigen Besucher, welche der Disziplinargewalt öffentlicher Hoch- oder höherer Schulen unterstehen, das Pflichtverfahren eingeleitet wird.

Ueber die tumultuarische Vorstellung berichtet uns noch unser Korrespondent: „Schon von Beginn der Aufführung kam es zu einer großen Unruhe, die sich im Husten, Räuspern und Scharren äußerte. Bei der ersten Anspielung auf religiöse Dinge setzte die Opposition mit Lärm ein, so daß der Vorhang niedergehen mußte. Das Theater war bei dem ganzen Abend über wie ein Kampfplatz. Die Polizei griff ein und verhaftete einige Personen, doch war sie völlig machtlos. Gegen die Verspottung des Deutschlands ging als Protest das Deutschlandlied ein, das dann brausend durch das Theater tollte. Unter unaufhörlichen Unterbrechungen wurde schließlich die Vorstellung zu Ende geführt. Es stellte sich heraus, daß es sich um eine wohl vorbereitete Demonstration handelte. Es muß aber als eine grobe Taktlosigkeit bezeichnet werden, daß dieses Tollersche Stück, in dem der im Krieg durch eine Kugelwunde erblindete Einstemann als Sinnbild Deutschlands behandelt wird, ausgerechnet am Tage vor der Reichsgründungsfeier, und zwar der Uraufführung — es soll sich um einen Berliner Barbier handeln — wurde vom Schlage getroffen und tot aus dem Saale getragen. Er hatte Wortbruch. Hatte mit seinen Frau das Theater besucht, und brachte ihrer Leiche zur zusammen. Uebrigens verlangen die Demonstranten in einer Anfrage, die im Tage eingebracht wurde, von der Regierung ausreichenden Schutz für derartige Aufführungen."

Der Preußen-Kalender, herausgegeben von Dr. Bogdan Krieger, dem Bibliothekar der vormaligen Königlichen Hausbibliothek, ist im Verlag Reimar Hobbing für das Jahr 1924 wieder erschienen. Ein Kalender, eigentlich zu jeder zum Abreißen. Jedes Blatt mit Bild ist ein Kunstwerk von Zeitz. Das Bild, das sich jeder sich über die ganze Kalendereinheit, ist von wissenschaftlichem Wert. Die ganze Geschichte Preußens, jeder Tag ein Tag zur Tat verwoben, wird die abgerissenen Blätter geradezu sammeln und aufbewahren. Der Kalender ist fast ein Buch, das in Bild und Text die Geschichte Deutschlands aus seiner tiefen Ohnmacht und Armut preßt, dabei frei von jeglicher parteipolitischer Verfälschung. Gerade jetzt scheint vaterländischen Dichtern von den Bejahungsbrücken die heute entgegen aufs beste die Letztentwurzeln.

Ausstellung der Werkstatt Stuttgart. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstaltet eine Ausstellung von Schülerarbeiten der Stuttgarter Werkstatt in Berlin. Der Schöpfer des Werkhauses, Albrecht L. Merz, wird die Grundsätzen seines Unterrichts in einem Vortrag vortragen. Die Ausstellung dauert bis 31. Januar bis 15. Uhr, das Vortragsthema ist „Die Werkstatt".

Ausstellungen. Sonntag, den 20. Januar, 9½ Uhr, finden wissenschaftliche Führungen durch Dienstbarkeiten im Museum Wilhelm Kaiser-Friedrich-Museum „Friderusilianer in Florenz — Frl. Prof. Schottmüller — Berlin.

Aus den Theatern. Die Direktion des Großen Schauspielhauses verpflichtet in der Zeit vom 31. Januar bis 15. März d. J. ein Operettenpublikum in Konkurrenzpreis.

Im Renaissance-Theater findet Dienstag, den 22. ds. Mts., 7 Uhr, die Uraufführung von Ferdinand Bruckmann's Drama „Die Flöten der Weltbeichte" in der Inszenierung von Theodor Tenger statt.

Osten-Gruden-Kerde-Preise
bedeutend herabgesetzt, die alte Kgest 1 Pfund sommer & Bieybers A.-G., Dresdener Str. 89

Ausland und deutsche Wissenschaft.

Das Dezember-Heft der „Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes" berichtet über die Pflege der deutschen Wissenschaft im Auslande zur deutschen Wissenschaft. Im allgemeinen läßt sich feststellen, daß, wie in der Politik, Tatsächlich Gegen Widerspruch, aber noch wenig energischen Widerstand findet.

So hat der belgische Professor Pirenne (Gallonel), der früher belgisch offiziös war, jetzt aber ganz französisch gesonnen zu sein scheint, die Gesamtgeschichte Belgiens, die er im politischen Sinne Belgiens zum 50 Jahre in der Welt trifft. Es genügt beispielsweise, darauf hinzuweisen, daß Pirenne jedoch die Tatsache, Tatsächlich Deutschland gemacht, in seiner wirtschaftlichen Art bauernd unter deutschen Einfluß gebracht und bis zum Kriege gehalten zu haben. Die belgische wissenschaftliche Kacher rezensiert, und zwar sehr gunstig beurteilt hat. Pirenne ist Historiker.

Die Tatsache, daß Belgien sich emsiant — ihren Fanatismus gegen Deutschland besonders die Naturforscher, und unter ihnen, wie es scheint, besonders die Ärzte — und die Tatsache, daß sich auch der Wissenschaft anmimmt, zeigt in seiner wissenschaftlichen Kommission, daß die Gefahr, daß sie sich ihrer Aufgabe bewußt wird, seiner Heimatschaft gegen Deutschland vor. Erwähnung verdient, daß der Leiter der Kommission, ein belgischer Chauvinismus vorwerfen wird, aus jener Kommission mit der Begründung ausscheidet, daß die Kommission nicht ihrer Aufgabe gerecht werde, daß sie nicht mehr den guten Willen zur Erfüllung seiner Aufgabe.

Ein Gebiet, auf dem den Franzosen verhältnismäßig viel widersprochen werden ist, ist die Geschichtswissenschaft. Die „Deutsche Allgemeine Z

Unpolitische Tagesschau.

Der Ärzteklub.

Die Eröffnungsfeier.

Vor kurzem ist, wie wir mitteilten, ein kleines Komitee, bestehend aus den Universitätsprofessoren Bier, Bruegsch, Bumm, Czerny, Kraus, Sick, Goldscheider, Hildebrandt, Klemperer, Kraus und Lesche zusammengetreten, das bis die Aufgabe gestellt hat, einen Verein, die in einer der Heilverbältnisse in eine behagliche Lage gestalten sind, einen Ärzteklub zu schaffen, in dem sich die Mitglieder treffen, Fachgeschriften lesen und an bescheidenem Preis ihre täglichen Mahlzeiten einnehmen können. Die Ausführung dieses Gedankens wurde der „Lessing-Freundesbüste" übertragen, welche die Aufgabe mit großer Freude übernommen hat, und so konnte die Eröffnung des Ärzteklubs (Mensae medicae), Kurfürstenstraße 116, nunmehr erfolgen. Im weiten Saal der Gesellschaft einigten einige junge Damen die Ärzte die sich um Aufnahme in den Klub bemühten. Zwei große Tische mit mehreren Nebenräumen hob mit weißen Linnen gedeckt, rote Nelken in geschmackvollen Vasen zieren die Tische und geben dem Raum freundlich. Aufsicht führen in der Küche, die mit modernen Dampfkesseln ausgestattet ist. Nach ist alles in Vorbereitung, und wir wünschen dem Werk alles Gedeihen.

Ueber die Eröffnungsfeier berichtet unsere Mitarbeiterin Th. v. P.:

Als offizielle Persönlichkeiten hatten der Einladung außer Frau Geheim. Frau Bös und dem Ehrenvorsitzenden Geheimrat Bier eine große Anzahl unter anderen Ärzte Ärztinnen Vorsitzenden, namentlich beide der Universität, Kolze gefeiert. Man erblickte u. a. die Geheimräte Bier, Bumm, Czerny, Hahn, Klemperer, Kraus, Lesser, ferner die Ärzte des Krankenhaus Charlottenburg, des Grafen Arco und von Bergmann, Dr. Ehrlich, Dr. Ehrlich, Dr. Ehrlich

Einzelbetrachtungen zur Goldbilanz-Verordnung.

Von

Dr. jur. et phil. Otto Chr. **Fischer**,
Direktor der Commerz- und Privatbank.

Der Verfasser, der sich über das obige Thema ausführlich im „Bankarchiv" äußerte, will, stützt uns seine Ausführungen ebenfalls zur Verfügung.

Die praktische Durchführbarkeit der Verordnung vom 28. Dezember 1923 über die Goldbilanzen scheitert daran, dass wir zurzeit nicht die Wahl zwischen dem Guten und dem Schlechten, sondern nur die Wahl zwischen dem grösseren und dem geringeren Uebel haben. Das Gute wäre zweifellos eine wirkliche Goldbilanz, aber sie ist praktisch nur für wenige, ganz auf den Auslandsverkehr abgestellte Unternehmungen möglich, bei denen die Papiermark sozusagen nur noch in der Portokasse Verwendung findet.

Andererseits hat sich die Aufstellung von Goldbilanzen schon jetzt für die meisten Unternehmungen als Notwendigkeit erwiesen. Sie ist erforderlich einmal aus Vergleichsgründen, insofern sie die Grundlage der für jeden Kaufmann heute doppelt wichtigen Nachkalkulation bildet; auf ihr beruht aber auch bis zu einem gewissen Grade der Nachweis der Kreditwürdigkeit eines Unternehmens; sie wird daher von den kreditgebenden Banken im weitesten Umfange verlangt. Aber nicht nur aus diesen Gründen besteht die Notwendigkeit der Aufstellung einer Goldinventur. Es kann auch in besonderen Fällen die Oeffentlichkeit im Interesse an der Aufstellung hüben. So bildet beispielsweise bei der Frage, ob eine Aktie an der Börse zugelassen werden soll, den Hauptgegenstand der Prüfung die Bilanz. Aehnliche Gesichtspunkte kommen bei den Kapitalserhöhungen in Frage. Es ist kein Geheimnis, dass selbst sehr grosse Kapitalerhöhungen in den letzten Jahre in wesentlichen dem Drucker der Aktien einen Verdienst gebracht haben. Es wäre ferner schon seit einer Reihe von Monaten zweckmässig gewesen, wenn die veröffentlichten Bilanzen stets einen begleitenden Kommentar gehabt, eine Erläuterung der Hauptposten nach dem Goldwerte enthalten hätten.

Bei der jetzt veröffentlichten Verordnung ist man genau umgekehrt verfahren.

Wenn der Vorstand einer Gesellschaft seinen Goldbestand nachprüft, so wird er zweckmässigerweise ausrechnen von einer Bilanz, die nicht nach dem 31. Dezember 1918 errechnet sein darf. Diese Bilanz wird man im allgemeinen auch als Goldbilanz ansehen können. Der Vorstand wird weiter sich zu fragen haben, welche Veränderungen seit dieser Zeit sein Unternehmen erfahren hat. Was ihn zu wesentlichen für die Anlagekonten interessiert, ist auch nicht die Frage, was er inzwischen beziehungsweise oder sonst neu beschafft hat. Man wird auf Grund unserer wirtschaftlichen Gesamtsituation annehmen können, das es Falle, in denen die Investitionen nicht zu einer Erhöhung der Unsatzkapazität der Unternehmung geführt haben, grösser sind als die eigentlichen Erweiterungen. Es besteht nun nicht die geringste wirtschaftliche Veranlassung, diese Ersatzbauten etwa in vollem Umfange als Zugänge zu den bisherigen anzusehen zu lassen. Es gibt, wirtschaftlich betrachtet, für die Bewertung dieser Anlagekonten nur einen Masstab, und das ist die Frage, wie sich hierdurch die Umsatzmöglichkeit des Unternehmens eine Erhöhung erfahren hat.

Folgt man diesen Gedankengängen, so ergibt sich als Grundlage für die Bewertung der Bilanz zunächst die reine Goldbilanz, also beispielsweise die von 31. Dezember 1918. Begreiflich der Zugänge ist zu prüfen, ob sie einen Ersatz der durch den Krieg und die Unordnung der Nachkriegszeit zum Teil stark abgenommenen alten Anlage bildet, oder ob eine ins Gewicht fallende Erweiterung der Umsatzmöglichkeit dadurch stattgefunden hat. Nur letzteres **Falle** erscheint **es zweckmässig, Zugänge zu den Anlagekonten in Erscheinung treten zu lassen.** In keinem Falle aber darf man dabei übersehen, dass nicht nur die erwähnten Kriegs- und Revolutionsschäden, sondern auch die gesamte wirtschaftliche Lage Deutschlands zu einer im Vergleich zu den Vorkriegswerten viel geringeren Einschätzung aller Anlagewerte führt, so dass es dem Ermessen des Leiters einer Gesellschaft überlassen bleiben muss, auch hier noch Abstriche vorzunehmen. Man wird in dieser Hinsicht sich etwas auf den kaufmännischen Sinn der Leiter eines Unternehmens verlassen müssen. Dieser hat heute zweifellos sehr wie bisher ein Interesse, seine durch die ohnehin tatsächlich schon lange andauernde Dividendenlosigkeit verstimmten Aktionäre nicht noch weiter zu brüskieren, d. h. also, den Nominalwert der Aktien noch weiter herunterzusetzen, als es unbedingt notwendig ist. Er wird andererseits aus klar zutage liegenden Gründen danach streben müssen, sobald wie möglich wieder zu einer Dividende zu gelangen. Hindert man ihn daran dadurch, dass man ihn zwingt, die Anlagekonten in einer Höhe aufzunehmen, die sowohl zu seinem Goldumsatz, als auch zu seinen sonstigen Betriebsmitteln in falschen Verhältnis steht, so wird sowohl über den Vorstand wie über die Aktionäre bricht eine Stimmung der Gleichgültigkeit und Verdrossenheit kommen.

Dies scheint mir auch für die in den §§ 3 und folgenden enthaltenen Bestimmungen über die Art der Kapitalbeherschung zu gelten. Dass die Kapitalbeschaffung im laufenden Jahre eine sehr häufige Erscheinung sein wird, dürften schon die Vorgänge der letzten Tage erwiesen haben. Es scheint unbedingt erforderlich, dass, soweit eine Gesellschaft diese Kapitalbeschaffung schon jetzt vorzunehmen will oder muss, Richtlinien gegeben werden, die dann für die Kapitalbeschaffung befolgt werden müssen. Dann bedarf es zunächst einmal einer Abänderung bezw. Ergänzung der Vorschriften des H.G.B., insbesondere der §§ 288 ff.

Ferner bedarf es neuer Schutzvorschriften zum Schutze der privaten und öffentlichen Interessen. Dabei spielt die Frage der Vorzugs- und Vorratsaktien wohl die bedeutsamste Rolle. Daneben ist aber auch die Art der Zusammenlegung von grösster Wichtigkeit für die Entwicklung des ganzen deutschen Aktienwesens.

Die Verordnung vom 28. Dezember 1923 sieht für die gewöhnliche Aktie als Mindestsatz den Betrag von 100 Mark vor. Es lässt sich nicht leugnen, dass viele Gründe dafür sprechen, an diesem Betrag als Minimum festzuhalten. Immerhin muss er von der Gesichtspunkt der dadurch auf die Banken entfallenden Arbeitsleistung ansicht. Indessen erscheinen die für die Mindestsätze von 100 Mark vorgebrachten Gründe nicht unbedingt zwingend. Zunächst einmal würde eine Abgeltung der zahllosen Spitzen, wie sie die Verordnung vom 28. Dezember durch Ausgabe von Gemusscheinen vorsieht, und die weitere Behandlung dieser Gemusscheine, also auch die Regulierung durch Barzahlung ohne sehr grosse und unangenehme Arbeitslast mit sich bringen. Ferner wird sich die Arbeitsbelastung der Banken zum Teil dadurch beseitigen lassen, dass man allmählich dazu kommt, die Aktien nicht unter Umständen Mindestbeträgen zu handeln. Endlich könnte man auch in Aussicht nehmen, dass bei Kapitalserhöhungen von Gesellschaften mit 50-Mark-Aktien diese Aktien im Wege der Abstempelung, also ohne Ausgabe neuer Urkunden, erfolgen kann. Dadurch würde eine allmähliche Beseitigung der kleinen Aktien herbeigeführt werden können. Ein unbedingtes Festhalten an der 100-Mark-Aktie, die sicherlich das Idealere wäre, entspricht auch nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Von den etwa 1200 an der Berliner Börse notierten Aktien notieren ein Drittel unter 10 %. Man wird sich wohl oder übel damit abfinden müssen, dass das Minimum einer Aktie bei der Kapitalherabsetzung — aber nur in diesem Falle, nicht bei Neugründungen — die 50-Mark-Aktie ist. Das Ideal für den Handel wäre zweifellos ein Einheitstyp, d. h. also eine Nominaleinheit für sämtliche Aktien. Es erscheint notwendig, mindestens zu bestimmen, dass jede Aktie — abgesehen natürlich von der 50-Mark-Aktie — durch 100 teilbar sein muss.

Zusammenfassend wird also für die im vorstehenden behandelten Punkte, die nur einen kleinen Teil von Gesamtproblemen umfassen, vorgeschlagen:

1. Ein Zwang für die Veröffentlichung einer Eröffnungsbilanz ist abzulehnen, als nicht die Möglichkeit besteht, die Goldbilanz im ordentlichen Buchungswege weiterzuführen.
2. Für diejenigen Gesellschaften, die ihr Kapital beschaffen wollen, sind Abweichungen von den bisherigen Bestimmungen des HGB. zuzulassen. Für die Bewertung der einzelnen Konten sind Richtlinien aufzustellen.
3. In diesen Richtlinien ist zu bestimmen, von welchen letzten Vorfreidesjahre ist der Bewertung der Anlagekonten auszugangen werden darf.
4. Bei den § 3 Aufstellung dieser Bilanz erfolgen Zugängen auf Anlagekonten ist zu unterscheiden, ob als eine Erweiterung der Umsatzmöglichkeit mit sich gebracht haben oder nicht. Nur in ersteren Falle sind die Zugänge kenntlich zu machen, und zwar ist dabei grundsätzlich nachzugehen der Vergleich zwischen der erweiterten Umsatzmöglichkeit und der früheren Umsatzmöglichkeit. Der danach ermittelte Wert stellt den Höchstwert des Zugangs dar.
5. Der Mindestbetrag der Aktien darf bei der Herabsetzung 50 M. betragen. Im übrigen dürfen der Nominaleinheiten gewählt werden, die durch 100 teilbar sind.
6. Soweit infolgedessen der Aktivaldo mit einem Aktienkapital, das sich in 100-Mark- bzw. 50-Mark-Aktien aufteilen lässt, nicht in Ueberdestimmung zu bringen ist, sind offene Reserven zu stellen.
7. In Falle der Kapitalerhöhung hat der Vorstand auf Verlangen der Generalversammlung Erläuterungen auf Grund einer Goldbewertung zu geben. Ebenso sind in dem Zulassungsprospekt. Erläuterungen an der Papiermarkbilanz zu erhalten.

Zur Nachfolge des Generaldirektors Forthmann.

Nach dem demnächstigen Ausscheiden des gegenwärtigen Generaldirektors der Deutschen Kalisyndikate ist, wie der „Deutsche Handelsdienst" hört, die Wiederbesetzung der Stelle eines Generaldirektors zurzeit nicht beabsichtigt, sondern eine kollegiale Organisation des Vorstandes und seine Ergänzung durch einige neu einzustellende Mitglieder.

Ablieferung der Aktien der Türkischen Tabak-Regie-Gesellschaft.

Nach einer Bekanntmachung der Deutschen für Wiederaufbau werden die im Eigentum deutscher Reichsangehöriger befindlichen Aktien der Société de la Regie Co. Interessée des Tabacs de l'Empire Ottoman (Tabak-Regie-Gesellschaft des Türkischen Reiches A.-G. Konstantinopel) mit Wirkung vom 18. 1. enteignet. Hiervon sind ausgenommen diejenigen Aktien, an denen Rechte ausländischer Personen bestehen. Die Aktien sind bis zum 15. 2. 1924 bei der Reichsstelle für Wertpapiere anzumelden und dann bei der Zentralhandelsstelle, Deutsche Bank, Abteilung für Auslandswerte, Berlin, abzuliefern.

Aufruf von Gutscheinen der Bayerischen Staatsbank.

Die Gutscheine der Gesellschaft vom 28. 11. 1923 über 1 Million Mark Abschreibungen einer Obligation von 3 776 937 (21,5) Mill. M., der vorgetragen werden soll. Im Vorjahre wurden 29 % Dividende und 50 % Bonus verteilt.

Kronenberger u. Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien, Mannheim.

Nach der die Deutsche Vereinsbank in Frankfurt a. M. kommanditärisch beteiligt war, wurde am 1. Januar 1924 in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien umgewandelt.

Umstellung des Aktienkapitals auf Goldmark.

Die Hoiwerke-Fabrik „Hamburg" A.-G. beantragt Umstellung des Aktienkapitals auf Goldmark und Zusammenlegung von Aktien im Verhältnis 1 zu 1 Million Papiermark zu 500 000 Goldmark.

Einlösung von Obligationen.

Mülheimer Berg-Werein, Mülheim-Ruhr, erklärt, daß noch einige Stücke der Rückzahlung eingelieferten Schuldverschreibungen der Zeche Hagenbeck von 1892, der Zeche Wiesche von 1896 sowie den Rest der eigenen Anleihe von 1902 mit 4 Dollar in Dollarschatzanweisungen für je 1000 M. umzutauschen, sofern die Stücke bis spätestens 20. Februar eingereicht werden.

Auszuhibende Bezugsrechte.

Leipziger Pianoforte-Fabrik, Gebr. Zimmermann A.-G., Leipzig, auf 5 Stammaktien bzw. Vorzugsaktien eine neue Stammaktie zu 10 Reichsmark bis 4. 2. M.

Stromversorgung Altenburg A.-G., Altenburg/Sa., auf 5 alte eine junge Aktie zu 2 Goldmark. Frist 2. 2. 1924.

Deutsche Koks- und Wattelwerke A.-G., Langewendigen b. Magdeburg, auf eine alte eine junge Aktie zu 20 Goldpfennigen: bis 6. 2. 1924.

Börse.

Berliner Nachbörse.

An der Nachbörse stockte das Geschäft fast vollkommen. Lediglich in einigen wenigen Besonderheiten, wie „Gelsenkirchen" Bergwerks-Aktien und AEG (13 Billionen), sowie in heimischen Anleihen wurden einige Umsätze getätigt. Von Montanwerten waren Gelsenkirchener Aktien stark gefragt, sie notierten 10 Billionen Prozent; Montanaktien: Gelsenkirchener 61, Harpener 80, Deutsch-Luxemburg 55, Phönix 55, Hohenlohe 36,5, Gera 23,75, Oberbedarf 28,5, Laura 23,25; Schiffahrtswerte: Nordkontscher Lloyd 9,5, Hapag 7,5, Kosmos 19